

SWOT-Analyse | Russland

Attraktiver Markt mit steigenden Risiken

Der russische Markt bleibt für deutsche Firmen lukrativ. Zunehmender Protektionismus, die überbordende Bürokratie und Sonderregeln für Ausländer erschweren jedoch die Geschäfte.

01.12.2021

Von Hans-Jürgen Wittmann | Moskau

- ▶ Modernisierungsbedarf ist wichtigster Standortfaktor
- Export aus Russland eröffnet neue Chancen
- ▶ Steigender Protektionismus beschränkt Marktzugang
- ▶ Bevölkerungsschwund verstärkt Fachkräftemangel
- ▶ Korruption, Bürokratie und fehlende Rechtssicherheit beeinträchtigen das Investitionsklima
- Arbeitsumfeld für Ausländer wird schwieriger

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 1,3 Billionen Euro war Russland 2020 hinter Südkorea und vor Brasilien die weltweit elftgrößte Volkswirtschaft. Das Land verfügt über rund 144 Millionen zumeist gut ausgebildete Einwohner, einen enormen Rohstoffreichtum und eine geografisch günstige Lage als Drehkreuz zwischen Asien und Europa. Trotz des hohen Modernisierungsbedarfs erreicht das Land nicht die Dynamik anderer Schwellenländer.

SWOT-Analyse Russland

Strengths	Weaknesses
Großes Marktvolumen	Verkehrsinfrastruktur und weite Transportwege
Zahlungs- und Liefertreue	Abhängigkeit vom Rohölpreis auf dem Weltmarkt
Reichtum an Rohstoffen und Energieträgern	Unzureichende Zulieferindustrien
Angebot an Hochschulabsolventen	Praxisferne Facharbeiterausbildung
Geographische Lage zwischen Europa, Zentralasien und China	Von Staat und Wirtschaft ungenutztes Investitionspotenzial
Opportunities	Threats
Enormer Bedarf an Investitions- und Konsumgütern	US- und EU-Sanktionen sowie russische Gegensanktio- nen
Investitionsförderprogramme und Sonderwirt- schaftszonen	Stagnierende Kaufkraft und sinkende Bevölkerungs- zahl

ATTRAKTIVER MARKT MIT STEIGENDEN RISIKEN

Dynamische Entwicklung des IT-Sektors	Schwierige Kreditbeschaffung und schwankender Rubelkurs
Günstige Personal- und Lohnstückkosten	Wachsender Protektionismus und Lokalisierungsanforderungen
Affinität zu deutschen Produkten	Bürokratie und Korruption

Quelle: Germany Trade & Invest

Modernisierungsbedarf ist wichtigster Standortfaktor

Deutsche Unternehmen gehören zu den aktivsten ausländischen Investoren in Russland. In den ersten drei Quartalen 2021 flossen nach Angaben der Bundesbank rund 1,5 Milliarden Euro in den größten Flächenstaat. Neben dem hohen Modernisierungsbedarf und dem guten Image der Marke "Made in Germany" locken vor allem die vergleichsweise hohen Gewinnmargen. Auch der erweiterte Binnenmarkt der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) mit 180 Millionen Verbrauchern gehört zu den Pluspunkten.

Export aus Russland eröffnet neue Chancen

Der schwache Rubel macht die lokale Produktion und den Export aus Russland attraktiv. Die Lohnstückkosten liegen zum Teil unter dem Niveau Chinas, Energie und Mieten sind vergleichsweise günstig. Das beflügelt die angestrebte Diversifizierung der russischen Exportstruktur. Die Ausfuhren von Nichtrohstoffen stiegen 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozent auf einen neuen Höchststand von 161,3 Milliarden US-Dollar (US\$), meldet das Russische Exportzentrum (REZ). Bis 2024 sollen die Exporte von Produkten außerhalb des Roh- und Brennstoffsektors auf 250 Milliarden US\$ wachsen. Hierzu gehören vor allem Fahrzeuge, landwirtschaftliche Produkte, Lebensmittel, Holzerzeugnisse und IT-Produkte (Software).

Steigender Protektionismus beschränkt Marktzugang

Deutschen Firmen macht der Trend zu Protektionismus und Abschottung in der russischen Wirtschaftspolitik zunehmend zu schaffen. Die Regierung verschärft konsequent die Politik der Lokalisierung und Importsubstitution und nimmt immer weitere Industrieprodukte in die Liste der Waren auf, die lokal produziert werden sollen. Darunter fallen Produktionsausrüstungen, Medikamente, Fahrzeuge und Software.

Um einheimische Produkte bei öffentlichen Beschaffungen zu bevorzugen, werden russischen Herstellern spezielle Präferenzen gewährt. Die Regierung erweitert laufend die Liste der Waren, für die bei der staatlichen Beschaffung die Regel "Dritter ist überflüssig" gilt. Ein Bewerber aus einem Drittland scheidet bei öffentlichen Ausschreibungen aus, wenn zwei Konkurrenten aus der EAWU teilnehmen, unabhängig vom Preis und der Qualität seiner Produkte. Bei Medizintechnik gilt für 45 Produkte sogar der Grundsatz "Zweiter ist überflüssig", der ausländische Anbieter bereits bei einem Konkurrenten aus der EAWU ausscheiden lässt.

Weitere Mechanismen zur Abschottung des einheimischen Marktes vor unliebsamer ausländischer Konkurrenz sind nichttarifäre Handelshemmnisse wie die Entsorgungsabgabe, Schutzzölle, aufwändige Genehmigungsverfahren oder spezielle Kennzeichnungs- und Zertifizierungsvorschriften. Die EU-Kommission sieht in den Maßnahmen russischer Behörden eine Diskriminierung europäischer Lieferanten bei öffentlichen Beschaffungen und will diese bei der Welthandelsorganisation WTO anfechten.

Bevölkerungsschwund verstärkt Fachkräftemangel

Covid-19 verschärft Russlands demografische Krise. Im Jahr 2020 stieg die Übersterblichkeit im Vergleich zum Vorjahr um knapp ein Fünftel. Bis 2024 wird die Gesamtbevölkerung um rund 1,7 Millionen Menschen sinken, schätzt das Arbeitsministerium. Die hohe Übersterblichkeit, eine niedrige Geburtenrate und rückläufige Zuzüge dämpfen das Wachstumspotenzial des Landes. Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften verschärft sich.

Korruption, Bürokratie und fehlende Rechtssicherheit beeinträchtigen das Investitionsklima

Die russische Regierung bemüht sich, gute Bedingungen für Investoren zu schaffen. Dennoch stehen ausländische Firmen häufig vor besonderen Herausforderungen. Die Zahl der Korruptionsdelikte stieg im 1. Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16,5 Prozent auf 24.500, meldet die Generalstaatsanwaltschaft - so viel wie seit acht Jahren nicht mehr. Auch Betrugsfälle und Cyberangriffe häuften sich zuletzt. Als noch geschäftshemmender schätzt jeder dritte Teilnehmer einer Studie der Unternehmensberatung EY vom Oktober 2021 jedoch die überbordende Bürokratie

Vier von fünf russischen Unternehmern fühlen sich vor einer ungerechtfertigten Strafverfolgung nicht ausreichend geschützt, warnt der Unternehmer-Ombudsmann Boris Titow. Besonders hohe Wellen schlägt der Fall Baring Vostok. Der umstrittene Prozess gegen den US-Investor Michael Calvey im August 2021 ließ Beobachter an den rechtsstaatlichen Verfahren im Land zweifeln und könnte ausländische Investoren nachhaltig abschrecken.

Arbeitsumfeld für Ausländer wird schwieriger

Zur Bekämpfung der Coronapandemie sollen ab 1. Februar 2022 nur noch Personen mit QR-Codes, die den Impf- respektive Genesenenstatus nachweisen, uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilnehmen können. Auch für Flug- und Bahnreisen wird die Vorlage des QR-Codes obligatorisch. Die Maßnahme schränkt die Mobilität von Ausländern weiter ein, da diese normalerweise keinen QR-Code über das staatliche System Gosuslugi erhalten können.

Das Innenministerium erwägt die Ausgabe von Plastikkarten mit einem Datenchip an Ausländer mit einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung (Wid na Schitelstwo) oder Arbeitserlaubnis. Neben einem Foto und persönlichen Daten sollen dort auch Fingerabdrücke gespeichert werden. Ausländische Arbeitskräfte müssen sich darüber hinaus künftig auch einer obligatorischen medizinischen Untersuchung unterziehen.

Russland testete im Juli 2021 die Abkopplung des "Runet" vom weltweiten Internet. Die Netzanbieter unterbrachen zeitweise sämtliche Datenverbindungen zu Servern im Ausland. Zunehmende Behinderungen im Internetverkehr könnten die Arbeit von Ausländern in Russland weiter erschweren.

Mehr zu:

Russland SWOT-Analyse / Investitionsklima / Investitionsrecht, Investitionsanreize Wirtschaftsumfeld

ATTRAKTIVER MARKT MIT STEIGENDEN RISIKEN

Kontakt

Hans Peter Pöhlmann

Wirtschaftsexperte



+49 228 24 993 233



M Ihre Frage an uns

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.